

Die Stadtverordnetenvorsteherin
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
Rathaus, Schloßplatz 6, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738 Telefax (0611) 31-3902
e-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
SachbearbeiterIn: Frau Koba
e-mail: astrid.koba@wiesbaden.de

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 9/23/2005 9:25:00 AM

EINLADUNG

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 29.09.2005, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Mitteilungen
2. Fragestunde
3. **05-F-02-0047**

Abwassergebührenordnung
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 09.09.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Zur Herstellung einer an die neuere Rechtsprechung angepassten Rechtsgrundlage für die Veranlagung der noch offenen Widerspruchsfälle gegen die seinerzeit geltende Abwassergebührenordnung aus den Jahren 2002 und 2003 wird der rückwirkenden Änderung der Abwassergebührenordnung für die Benutzung der öffentlichen Entwässerungsanlage im

Seite 2 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 29.09.2005

Gebiet der Landeshauptstadt Wiesbaden mit dem Wortlaut gemäß Anlage zugestimmt.

2. Der Magistrat möge sicher stellen, dass alle noch nicht bestandskräftig abgeschlossenen Verfahren nach der rückwirkenden Gebührensatzung veranlagt werden.
3. Bei den bestandskräftig abgeschlossenen Verfahren sind in Umsetzung des Beschlusses 0123 der Stadtverordnetenversammlung vom 14. März 2002 alle Gebührenzahler gleich zu behandeln. Dem Gebührenzahler ist bis zum Eintreffen der absoluten Verjährung die Möglichkeit zu geben, eine Neubescheidung zu beantragen. Die ELW werden eine Neubescheidung vornehmen, wenn
 - a) der Gebührenzahler sich dadurch wirtschaftlich besser stellt (Günstigkeitsprinzip) und
 - b) der Antragsteller nachweisen kann, dass die Rückzahlung an den wirtschaftlich Verpflichteten (z.B. den Mieter einer Immobilie) zurückfließt.

ANLAGE

4. 05-F-01-0074

Zusätzliche Ausbildungsplätze bei der Stadt Wiesbaden
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 20.09.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Angesichts der großen Zahl von Wiesbadener Jugendlichen, die zu Beginn des Ausbildungsjahres noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, bekräftigt die Stadtverordnetenversammlung die bisherige gemeinsame Linie, dass die LH Wiesbaden auch über den eigenen Personalbedarf hinaus Ausbildungsplätze anbietet.

Darüber hinaus wird der Magistrat aufgefordert zu prüfen,

- in welchen Bereichen der Stadtverwaltung noch kurzfristig Ausbildungsplätze angeboten werden können
- ob bei Gesellschaften, an denen die LH Wiesbaden mehrheitlich beteiligt ist, zusätzliche Ausbildungsangebote geschaffen werden können,

und bis zum nächsten Sitzungszug über die Ergebnisse zu berichten.

5. 05-F-03-0106

Fortschreibung der freiwilligen Vernetzung der Kulturarbeit in der Rhein-Main-Region
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20.09.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Seite 3 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 29.09.2005

1. Die Landeshauptstadt Wiesbaden misst der freiwilligen regionalen und überregionalen Vernetzung der Kulturarbeit große Bedeutung bei und setzt sie mit Entschiedenheit fort.
2. Die „Kulturregion Frankfurt/Rhein-Main GmbH“ bildet aus Sicht der Landeshauptstadt Wiesbaden ein tragfähiges Konstrukt für die freiwillige kulturelle Kooperation von Städten und Gemeinden. Soweit es noch Mängel in der Organisationsstruktur und der Namensgebung dieser Kooperationsstruktur gibt, die auf eine überstarke Betonung und Absicherung der Interessen der Stadt Frankfurt am Main verweisen, können und sollen diese beseitigt werden.
3. Die Landeshauptstadt Wiesbaden wird Mitglied in der „Kulturregion Frankfurt/Rhein-Main GmbH“. Der zu entrichtende Mitgliedsbeitrag wird aus der allgemeinen Deckungsrücklage beglichen.
4. Die Landeshauptstadt Wiesbaden verbindet ihren Beitritt zur „Kulturregion Frankfurt/Rhein-Main GmbH“ mit dem Appell an die übrigen Gesellschaftsmitglieder die bisherige Namensgebung der Gesellschaft zu überprüfen und eine Umbenennung in „Kulturregion Rhein-Main GmbH“ vorzunehmen.

6. 05-F-05-0014

Öffnungszeiten des Wiesbadener Wochenmarktes bürgerfreundlicher gestalten
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 20.09.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Mit der Verlängerung der Ladenöffnungszeiten hat sich auch das Einkaufsverhalten der Bürger verändert. Viele Berufstätige nutzen nach ihrer Arbeitswoche die Möglichkeit, nicht nur Samstag vormittags sondern in Ruhe auch Samstag nachmittags durch die Stadt zu flanieren, Besorgungen zu machen und insbesondere Lebensmittel für die nächste Woche einzukaufen. Im Hinblick auf das veränderte Einkaufsverhalten müssen die bisherigen Marktöffnungszeiten der aktuellen Situation endlich angepaßt werden.

Der Magistrat wird daher aufgefordert, gemäß § 2 der Ortssatzung zur Regelung des Wochenmarktwesens im Gebiet der Landeshauptstadt Wiesbaden (Wochenmarktordnung) die Öffnungszeiten des Wochenmarktes am Samstag auf mindestens 16.00 Uhr zu erweitern und entsprechend neu festzusetzen. Hierbei ist sicherzustellen, daß der Marktplatz wie bisher nach Beendigung des Marktes in ausreichender Weise gereinigt werden kann und gereinigt wird. Die Marktbesucher sind über die Änderung unverzüglich zu informieren.

7. 05-F-04-0006

Umbenennung der Harry-Truman-Straße
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers DIE REPUBLIKANER vom 30.08.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

Seite 4 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 29.09.2005

1. Die Harry - Truman - Straße wird umbenannt
2. Bei der Findung eines neuen Namens ist einvernehmlich mit dem Ortsbeirat zu entscheiden. Die Stadtverordnetenversammlung empfiehlt als neuen Namen entweder " Hiroschima - Straße " oder " Dalai - Lama - Straße " .

8. 05-F-06-0011

Keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit - Änderung der Vergabepaxis der
Landeshauptstadt Wiesbaden
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 21.09.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im Beschaffungswesen und bei Ausschreibungen finden künftig nur Produkte Berücksichtigung, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention 182 hergestellt wurden bzw. Produkte, deren Hersteller oder Verkäufer aktive zielführende Maßnahmen zum Ausstieg aus der ausbeuterischen Kinderarbeit eingeleitet haben. Dies ist durch eine Zertifizierung einer unabhängigen Organisation oder eine entsprechende Selbstverpflichtungserklärung nachzuweisen.
2. Bei folgenden Produkten aus Asien, Afrika oder Lateinamerika, die die Landeshauptstadt Wiesbaden möglicherweise im Einkauf bezieht, kommt ausbeuterische Kinderarbeit vor:
 - Bälle, Sportartikel, Sportbekleidung, Spielwaren
 - Teppiche, Wohn- und Kleidungstextilien
 - Natursteine, Pflastersteine (z.B. aus China)
 - Lederprodukte
 - Billigprodukte aus Holz
 - Agrarprodukte wie Kakao, Orangensaft oder Tomaten
3. Die Überprüfung der Einhaltung kann wie folgt erfolgen:

Produkte mit einem anerkannten Siegel werden nachweislich ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt. Hierbei handelt es sich derzeit um

- das Rugmark-Siegel für Teppiche ohne Kinderarbeit
- Produkte mit dem TransFair-Siegel (Orangensaft, Tee, Kaffee)

Für diese Produkte sind weitere Nachweise nicht erforderlich.

Bei Produkten ohne diese Siegel müssen die anbietenden Firmen einen Verhaltenskodex, eine Sozialklausel oder sonstige Selbstverpflichtung vorlegen, in dem oder der entweder bestätigt wird,

- dass weder sie noch ihre Zulieferfirmen die Produkte mittels ausbeuterischer Kinderarbeit hergestellt haben

oder

- dass das Unternehmen für das angebotene Produkt aktive und zielführende Maßnahmen zum Ausstieg aus der ausbeuterischen Kinderarbeit betreibt (z.B. die Erarbeitung von wirksamen Kontrollmechanismen für Zulieferbetriebe, aber auch Maßnahmen zur Rehabilitation und sozialen Eingliederung der betroffenen Kinder oder zur Verbesserung

Seite 5 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 29.09.2005

der Einkommenssituation der Familien).

Die Selbstverpflichtung ist als Vertragsbestandteil in die Auftragsvergabe aufzunehmen.

4. Eine Überprüfung, ob die Selbstverpflichtung eingehalten wird, kann durch die städtischen Vergabestellen schwer geleistet werden. Ein „Aufdecken“ von diesbezüglich falschen Angaben wird nur im Einzelfall durch Hinweise von internationalen Menschenrechtsorganisationen wie „terre des hommes“ oder „earthlink – Netzwerk für Mensch und Natur“ möglich sein. Um hier den Kommunikationsfluss zu gewährleisten, wird es sinnvoll sein die betroffenen Vergabestellen regelmäßig über den aktuellen Stand der Entwicklung zum Thema „Verhaltenskodizes von Firmen im Bereich ausbeuterischer Kinderarbeit“ (und damit auch über „schwarze Schafe“) zu informieren. Die dafür verantwortliche Verwaltungseinheit ist umgehend zu benennen. Sollte sich herausstellen, dass eine Firma den Zuschlag bekommen hat, deren Selbstverpflichtung nur auf dem Papier besteht, liegt ein Vertragsverstoß vor; die Firma kann rechtlich belangt und von künftigen Ausschreibungen ausgeschlossen werden.
5. Die Öffentlichkeit und die Geschäftspartner der Landeshauptstadt sind über den Beschluss zu informieren. Die Vertreter des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung in den städtischen Eigenbetrieben und Beteiligungsgesellschaften werden aufgefordert darauf hinzuwirken, entsprechend den oben genannten Beschlusspunkten zu verfahren.

9. 05-F-01-0055

Aufwertung der Innenstadt

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 07.06.2005 -

In der Wiesbadener Innenstadt, besonders im Bereich Kirchgasse, setzt sich die Entwicklung fort, dass alteingesessene Fachgeschäfte, Gewerbetreibende, die höherwertige Waren oder Dienstleistungen anbieten, und mittlerweile auch einzelne Handelsketten dem Standort den Rücken kehren. An Stelle dessen treten Billig- und Billigstläden bzw. längerfristige Leerstände.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für eine nachhaltige Aufwertung der Innenstadt aus, die über den Kernbereich Mauritiusplatz und Fußgängerzone hinausgeht.
2. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass nur durch gemeinsame Anstrengungen von Immobilienwirtschaft, Einzelhändlern, Grundstückseigentümern, Gastronomie und Politik erreicht werden kann, dass diese Bereiche wieder attraktiver werden und der negative Strukturwandel angehalten wird. Eine angemessene Beteiligung der betroffenen Grundstückseigentümer an den Kosten von Aufwertungsmaßnahmen im Innenstadtbereich ist unverzichtbar.
3. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt das Modell der Business Improvement Districts (BIDs) als ein geeignetes städtebauliches Instrument, um einer Verödung von Innenstädten und Stadtteilzentren entgegen zu wirken.

Der Magistrat wird gebeten,

- über den Hessischen Städtetag mit Nachdruck darauf hinzuwirken, dass die Hessische

Seite 6 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 29.09.2005

Landesregierung schnellstmöglich die rechtlichen Voraussetzungen schafft, damit die Kommunen BIDs definieren können, die als Einzelhandels- und Dienstleistungszentren besonders gestärkt werden;

- alle Stadtentwicklungsaktivitäten in den Außenbereichen (insbesondere die Vermarktung von Gewerbeflächen) auf ihre Auswirkungen für den innerstädtischen Einzelhandel zu überprüfen

10. 05-F-03-0074

Baum- und Grünbestand effektiv schützen!

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.06.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Baum- und Grünbestand ist ein wichtiger weicher Standortfaktor der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Im Interesse Wiesbadens und seiner Bevölkerung sollte dieser Standortfaktor daher durch eine klare und für die Bürgerinnen transparente Rahmenregelung effektiv verwaltet, gepflegt und geschützt werden.

Zur Stärkung des zentralen Standortfaktors 'Stadtgrün' und zur Vereinfachung und Effizienzförderung des Verwaltungshandelns in punkto Baumschutz wird der Magistrat daher aufgefordert zeitnah einen Entwurf nach beigefügtem Muster des Hessischen Städte- und Gemeindebundes für eine Baumschutzsatzung zur Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen.

ANLAGE

11. 05-F-03-0091

Verwirklichung eines gemeinsamen Ganztageshauses für die Elly-Heuss- und für die Oranienschule

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.07.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Das Gebäude Dotzheimer Straße 3 (ehemalige Volkshochschule) wird als Ganztageshaus für den Ganztagsverbund der Elly-Heuss- und der Oranienschule ausgewählt. Die Gesamtkosten des Vorhabens betragen 1.455.800,00 Euro und stehen dafür im Haushalt zur Verfügung. Diese werden unter Inanspruchnahme einer 90-prozentigen Kostendeckung durch die IZBB-Mittel des Bundes finanziert. Der Eigenanteil der Landeshauptstadt Wiesbaden beläuft sich somit auf 145.680,00 Euro .
2. Zur Finanzierung des Planungsauftrages wird aus der Haushaltsstelle 2.2000.940000.1-207 ein Betrag in Höhe von 50.000 Euro bereitgestellt.
3. Der Magistrat wird gebeten, die Maßnahme umgehend zur Umsetzung zu bringen.

12. 05-F-05-0012

Bewegungsförderung für Kinder
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 19.09.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

vor dem Hintergrund des bestehenden hessischen Landesprogramms „Jugend in Bewegung“ und zur Stärkung der Bewegungsförderung für Kinder in Wiesbaden ein zeitnahes Hearing unter Einbeziehung der Fachbereiche Gesundheitsvorsorge, Schule und Sport durchzuführen.

Ziel des Hearings soll sein, ein Bewegungsforum der Landeshauptstadt Wiesbaden einzurichten, um so der immer größer werdenden Bewegungsarmut entgegen zu treten. Das Forum soll eine Bündelung der bisherigen Aktivitäten herbeiführen, die Öffentlichkeit weiter sensibilisieren und ein nachhaltiges Konzept zur Lösung der bestehenden und drohenden Probleme erarbeiten.

Kurzfristig soll sich das Forum aus Mitgliedern der vier Fraktionen und des Magistrats zusammensetzen. Langfristig sollen Experten des Sportamts, kommunalen und staatlichen Schulamts, Gesundheitsamts, Sozialamts und weitere fachlich geeignete Personen hinzugezogen werden.

13. 05-F-06-0009

Fahrpreise im ÖPNV für Jugendliche
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 08.07.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert gegenüber den in der Region tätigen Unternehmen des ÖPNV (insbesondere Verkehrsverbund Mainz/Wiesbaden und RMV) darauf hinzuwirken, dass die Fahrpreise so gestaltet werden, dass Jugendliche und in Ausbildung, Schule oder Studium befindliche Personen über 18 Jahre **nicht** den Erwachsenentarif zahlen müssen.

Die Finanzierung darf nicht durch Fahrpreiserhöhungen für andere Personengruppen oder durch Verschlechterung der Leistungen erfolgen, sondern muss - wenn erforderlich - durch zusätzliche Zuwendungen aus den öffentlichen Haushalten erfolgen.

14. 05-F-06-0007

Maßnahmen gegen zunehmende Belastung durch LKW-Verkehr im Stadtgebiet

Seite 8 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 29.09.2005

- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 08.07.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten:

Welche Erkenntnisse hat der Magistrat über die Zunahme des LKW-Verkehrs auf Straßen in der Landeshauptstadt Wiesbaden aufgrund der Einführung der LKW-Maut auf Autobahnen?

Welche Straßen sind hauptsächlich betroffen?

Mit welchen Maßnahmen (z.B. Sperrungen für LKW-Verkehr) will der Magistrat auf die zunehmende Belastung reagieren?

15. 05-F-03-0105

Wiesbaden gegen ausbeuterische Kinderarbeit

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20.09.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Interesse der Kinder in zahlreichen Entwicklungsländern verzichtet die Stadt Wiesbaden auf den Kauf von Produkten, die mit Hilfe von ausbeuterischer Kinderarbeit hergestellt wurden.

Der Magistrat wird gebeten:

Bei der Ausschreibung von Produkten, bei denen die Gefahr besteht, dass sie mit Hilfe ausbeuterischer Kinderarbeit hergestellt wurden (Bälle, Sportartikel, Sportbekleidung, Spielwaren, Tepiche, Wohn- und Kleidungstextilien, Natursteine, Fliesen, Pflastersteine – z.B. aus China -, Lederprodukte, Billigprodukte aus Holz, Agrarprodukte wie Kakao, Orangensaft oder Tomaten, Fischereiprodukte oder Feuerwerkskörper) künftig folgenden Passus aufzunehmen:

“Berücksichtigung finden nur Produkte, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention 182 über die schlimmsten Formen der Kinderarbeit hergestellt sind, bzw. Produkte, deren Hersteller oder Verkäufer aktive zielführende Maßnahmen zum Ausstieg aus der ausbeuterischen Kinderarbeit eingeleitet haben. Bei Produkten, die in Asien, Afrika oder Lateinamerika hergestellt oder verarbeitet worden sind, ist dies durch die Zertifizierung einer unabhängigen Organisation oder eine entsprechende Selbstverpflichtung nachzuweisen.”

Die Beteiligungsgesellschaften und Eigenbetriebe werden aufgefordert ebenso zu verfahren.

16. 05-F-06-0010

Vorschläge zur weiteren Verbesserung der Aussagekraft des Politischen Informationssystems Wiesbaden (PIWi)

- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 12.07.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Zur weiteren Verbesserung der Aussagekraft des Politischen Informationssystems Wiesbaden (PIWi) sind nachstehende Erweiterungen inhaltlich und programmtechnisch zu realisieren:

Seite 9 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 29.09.2005

1. Die Fragen der Stadtverordneten zur Fragestunde in den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und die Antworten des Magistrats sind in das PIWi aufzunehmen und dort zu veröffentlichen.
2. Jede vom Magistrat (in Stadtverordnetenversammlung, Ausschüsse, Ortsbeiräte) eingebrachte öffentliche Sitzungsvorlage wird in **vollem Wortlaut und - falls vorhanden - mit den dazugehörigen Anlagen, Berichten und Gutachten** öffentlich gemacht.
3. Jede vom Magistrat eingebrachte öffentliche Sitzungsvorlage enthält Angaben zum einreichenden Dezernat, zu Ansprechpartner/in und zu Erreichbarkeit der-/desselben.
4. Sowohl bei den Fraktionsanträgen als auch bei den Sitzungsvorlagen des Magistrats ist das Abstimmungsverhalten (Zustimmung, Ablehnung, Enthaltung) aller Fraktionen (ggfs. von einzelnen Stadtverordneten) zu dokumentieren. Dies betrifft das Abstimmungsverhalten in der Stadtverordnetenversammlung (Tagesordnung I bis III), in den Ausschüssen und den Ortsbeiräten.
5. Das Politische Informationssystem Wiesbaden (PIWi) enthält künftig auch Angaben zu den Aufwandsentschädigungen der Mandatsträger/innen sowie aus deren Tätigkeiten in kommunalen Kontrollgremien und Gesellschaften.

17. 05-F-01-0063

Radarüberwachung in Wiesbaden
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 13.07.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- wie viele Verwarnungsgelder, Bußgeldbescheide und Strafanzeigen wegen überhöhter Geschwindigkeit in den Zeitraum fallen, in dem es zu fraglichen Messergebnissen durch falsche Handhabung der Messgeräte kommen konnte;
- wie viele Widerspruchsverfahren wegen vermuteter Falschmessungen zur Zeit anhängig sind und wie viele für die nächste Zeit erwartet werden;
- ob das Amt für Verkehrsüberwachung und Gefahrenabwehr für Geschwindigkeitskontrollen eigens geschultes Personal einsetzt oder ob diese Kontrollen beispielsweise auch durch Hilfspolizisten durchgeführt werden;
- wie der derzeitige Ausbildungsstand des bei Geschwindigkeitskontrollen eingesetzten Personals ist;
- wie sichergestellt werden soll, dass die Kontrollen in Zukunft ordnungsgemäß durchgeführt werden.

18. 05-F-02-0044

Gedenken an das Schicksal der Vertriebenen
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 07.09.2005 -

Seite 10 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 29.09.2005

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. sich einmalig mit fünf Cent pro Einwohner zugunsten der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibung“ zu beteiligen und damit zum offiziellen Paten der Stiftung zu werden;
2. sich darum zu bemühen, Teile der Patenschaft durch Sponsoren finanzieren zu lassen;

19. 05-F-02-0048

Ausstellung "Vertriebene in Wiesbaden"

- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 07.09.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. eine Ausstellung erarbeiten zu lassen, die am oder um den 09. Februar 2006 eröffnet wird, um an das Schicksal und die Geschichte von Vertriebenen in Hessen und insbesondere in Wiesbaden zu gedenken;
2. die für die Ausstellung benötigten Finanzmittel in Höhe von bis zu 30.000 Euro werden im Haushaltsjahr 2006 berücksichtigt.

20. 05-F-01-0071

2. Bauabschnitt Kinderspielplatz Blücherplatz

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 15.09.2005 -

Nach der Realisierung des ersten Bauabschnittes des Blücherplatzes im Jahre 2001 lässt die Fertigstellung des 2. Bauabschnittes bis heute weiter auf sich warten. Bereits für diesen Zweck bereitgestellte Mittel wurden seinerzeit vom zuständigen Dezernenten zurückgezogen und im Doppelhaushalt 2004/2005 in Höhe von 269.000€ erneut eingestellt. Nach mehrfacher Anmahnung durch den Ortsbeirates Westend teilte der zuständige Dezernent jetzt mit, es stünden für diesen Zweck keine Mittel mehr zur Verfügung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die im Doppelhaushalt 2004/2005 eingestellte Summe zur Realisierung des zweiten Bauabschnittes Blücherplatz zur Verfügung zu stellen und das Projekt anhand der vorliegenden Planungen schnellstmöglich zu realisieren.

21. 05-F-01-0072

Direktionsrecht des Oberbürgermeisters gemäß HGO
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 20.09.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

ein Rechtsgutachten zur HGO in Auftrag zu geben, in dem geprüft werden soll, wie weit das Direktionsrecht des Oberbürgermeisters reicht - insbesondere, ob und in welchem Umfang das Direktionsrecht auch die Veränderung von Organisationsformen beinhaltet. Insbesondere soll dabei die Verlagerung, bzw. Ausgliederung von Aufgaben der öffentlichen Verwaltung in Regiebetriebe, Eigenbetriebe der Stadt oder Privatfirmen betrachtet werden.

22. 05-F-01-0073

Newsletter 2 der Kurbetriebe
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 20.09.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

ein externes Gutachten zum Newsletter 2 'Parkhaus unter dem Bowling-Green' der Kurbetriebe zu erstellen, das Auskunft darüber gibt

- ob in dieser Publikation Aussagen getroffen werden, die als parteipolitisch zu werten sind;
- inwieweit Dezernenten in Publikationen, die aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, generell parteipolitische Aussagen treffen dürfen;
- ob die im Newsletter zitierten Aussagen von Stadtrat Bendel mit den beamtenrechtlichen Pflichten zur (partei-)politischen Mäßigung und mit dem Gebot vereinbar sind, städtische Mittel nicht für parteipolitische Zwecke einzusetzen.

Der Magistrat wird ferner gebeten zu berichten, ob er inzwischen Schritte unternommen hat – und wenn ja welche – um einen weiteren Missbrauch städtischer Veröffentlichungen für parteipolitisch motivierte Verunglimpfungen in Zukunft zu verhindern.

23. 05-F-05-0013

Stadtpläne
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 20.09.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten,

1. Für Besucher der Stadt möglichst flächendeckend öffentliche Stadtpläne mit Straßenverzeichnis aufzustellen. Hierfür geeignete Standorte wären beispielsweise am Bahnhof, an Bushaltestellen und weiteren stark frequentierten Punkten, wie Mauritiusplatz, Kranzplatz, Platz der Deutschen Einheit, Kurhaus, Rhein-Main-Halle und Stadion an der Berliner Straße.
2. Die Stadtpläne so zu gestalten und so im Stadtgebiet zu positionieren, dass sie das Image Wiesbadens als Kur- und Kongressstadt verbessern.
3. Zur Schonung des städtischen Haushalts Sponsoren zu gewinnen, beispielsweise Hotels, ESWE, Firmen, Einzelhandel, Kliniken usw..

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die antragstellenden Fraktionen und Fraktionsstatusinhaber verantwortlich.

Tagesordnung II

1. 05-F-02-0041

Arbeit werben für Menschen
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 04.07.2005 -

ANLAGE

2. 05-S-00-0001

Zusammenstellung der vom Ältestenausschuss und dem Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung aufgrund der in § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung festgelegten Ermächtigung in der gemeinsamen öffentlichen Sitzung vom 24.08.2005 gefassten endgültigen Beschlüsse

ANLAGE + ANLAGE NÖ

3. 05-V-01-0026

DL 21/05-1

Bürgerbeirat Wiesbaden; Kenntnisnahme von der Niederschrift über die 49. Sitzung am 15.06.2005

4. **05-V-10-0011**

DL 22/05-2

Vertretung der Landeshauptstadt Wiesbaden in Organen von Gesellschaften und anderen Einrichtungen

5. **05-V-10-0013**

Vertretung der Landeshauptstadt Wiesbaden in Organen von Gesellschaften und anderen Einrichtungen; Nachfolge Stadträtin Thies

ANLAGE

6. **05-V-11-5016**

DL 24/05-2

Job-Ticket

7. **05-V-20-0027**

DL 16/05-9

Bericht über die Eigenbetriebe und Mehrheitsbeteiligungen der Landeshauptstadt Wiesbaden

8. **05-V-20-0030**

DL 23/05-1

Investitionscontrolling 2. Quartal 2005

9. **05-V-20-0035**

DL 21/05-2

Quartalsbericht 02/2005 Projekt interR

10. **05-V-20-0038**

DL 22/05-3

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.06.2005 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

11. **05-V-20-0039**

DL 22/05-4

Übersicht der durch den Magistrat bis 30.06.2005 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

12. **05-V-21-0001** **DL 21/05-3**
Jährliche Vorlage der Verzeichnisse über ausgesprochene Niederschlagungen und Erlasse (Haushaltsjahr 2004)

13. **05-V-40-0018** **DL 23/05-2**
Werner-von-Siemens-Schule; Generalsanierung / Genehmigung des Raumprogrammes und der Gesamtkosten; Freigabe der Verpflichtungsermächtigung 2005

14. **05-V-40-0027** **DL 22/05-12**
Umsetzung der Trinkwasserverordnung - Bereitstellung von ÜPL-Mitteln

15. **05-V-41-0005** **DL 23/05-3**
Villa Clementine; Sanierung des Dachs

16. **05-V-41-0021** **DL 23/05-4**
Filmfestival "goEast" in 2006

17. **05-V-51-0018** **DL 21/05-5**
Investitionskostenzuschuss Flachdachsanierung der KT der kath. Gemeinde St. Klara

ANLAGE

18. **05-V-51-0024** **DL 21/05-6**
Modellprojekt "Nachsorge nach Krankenhausaufenthalt und Zugang zur geriatrischen Behandlung und Rehabilitation"

19. **05-V-52-0014** **DL 22/05-13**
Notwendige Maßnahmen nach der Trinkwasserverordnung in den Sportstätten des Amtes 52; Bereitstellung von Haushaltsmitteln

20. **05-V-67-0005** **DL 23/05-7**

Fasanerie; Sanierung und Umbau Sozialgebäude, 2. Bauabschnitt

Tagesordnung III

1. **04-V-66-0207** **DL 24/05-1, 22/04-17**
L 3017 Ortsumgehung Breckenheim; Umbau Knotenpunkt L 3028 / L 3039 (Finkenhof)
2. **05-V-30-0003** **DL 22/05-5**
Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für das Ortsgericht Wiesbaden
3. **05-V-30-0004** **DL 22/05-6**
Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für das Ortsgericht Wiesbaden III
4. **05-V-30-0005** **DL 22/05-7**
Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für das Ortsgericht Wiesbaden V
5. **05-V-30-0006** **DL 22/05-8**
Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für das Ortsgericht Wiesbaden VI
6. **05-V-30-0007** **DL 22/05-9**
Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für das Ortsgericht Wiesbaden VIII
7. **05-V-30-0008** **DL 22/05-10**
Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für das Ortsgericht AKK II
8. **05-V-30-0009** **DL 22/05-11**
Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für das Ortsgericht Wiesbaden XI

9. **05-V-37-0007** **DL 21/05-4**
Benennung eines Vertreters und eines Stellvertreters der Landeshauptstadt Wiesbaden im Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen / Süd
10. **05-V-61-0018** **DL 21/05-7**
Bebauungsplan "Umgehung Dotzheim und Landgrabenschule - 1. Änderung - Bereich: Schönbergstraße/Lujastraße" im Ortsbezirk Dotzheim - Satzungsbeschluss -
11. **05-V-61-0030** **DL 22/05-14**
Entwurf zur Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 – Erweiterung Flughafen Frankfurt Main -;
Anhörung und Öffentlichkeitsbeteiligung
12. **05-V-70-0012** **DL 23/05-10**
Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (ELW) für das Geschäftsjahr 2005
13. **05-V-80-2322** **DL 22/05-15**
Überlassungsvereinbarung Haus Taunusfreude an den Trägerverein der Freien Christlichen Schule Wiesbaden zur Begründung eines Schulbetriebs von Grundschule bis Oberstufe
14. **05-V-80-2331** **DL 21/05-8**
Multiplexkino an der Mainzer Straße
15. **05-V-80-2334** **DL 20/05-1**
Gemeinsame Vermarktung LHW und Land Hessen der Altliegenschaften im Bereich altes Polizeipräsidium Wiesbaden sowie Platz der deutschen Einheit

ANLAGE

ANLAGE

Zu den nachstehenden Punkten tagen der Ausschuss für Soziales und der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung vor der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung:.

16. **05-V-51-0030** **DL 25/05-1**

Aktionsprogramm Tagesbetreuung für Kinder 2006/2007

17. **05-V-61-0025** **DL 23/05-5**

Bahnhofsbplatz Neugestaltung

ANLAGE

Tagesordnung IV

1. **05-V-20-0031** **DL 21/05-1 NÖ**

Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft Nr. 521 über 1.500.000,00 EUR bzw. in Höhe des Grundstückskaufpreises zugunsten der Campus Immobilien- und Service GmbH & Co.KG i.G.

2. **05-V-20-0034** **DL 21/05-2 NÖ**

Bürgschaft Nr. 522 - Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft über 10.850.000,00 EUR zugunsten der HSK Rhein-Main GmbH

3. **05-V-20-0037** **DL 22/05-1 NÖ**

Berichte der Dezernate über die Möglichkeiten zur Verbesserung der Einnahmen

4. **05-V-36-0030** **DL 21/05-3 NÖ**

Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden vom 30.06.2005

5. **05-V-70-0005** **DL 23/05-9**

Jahresabschluss 2003 der Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (ELW); Feststellung des Jahresabschlusses; Ergebnisverwendung

6. **05-V-70-0006**

DL 23/05-2 NÖ

MBA Wiesbaden GmbH; Übertragung von Geschäftsanteilen

7. **05-V-70-0010**

DL 23/05-3 NÖ

Verkauf des Einfamilienwohnhauses auf dem Grundstück Klärwerk Kastel an den dort wohnenden Abwassermeister

8. **05-V-80-2328**

DL 21/05-4 NÖ

Verzeichnis der vom 01.01.2005 bis 31.03.2005 genehmigten Grundstücksvorlagen

Zu dem nachfolgenden Punkt tagen der Ausschuss für Soziales und Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung vor der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung:

9. **05-V-51-0032**

DL 25/05-1 NÖ

Bau und Betrieb einer Kindertagesstätte in Wiesbaden-Sonnenberg durch einen Investor

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Hinweise:

In der Pause wird der ehemaligen Stadträtin Rita Thies die Bürgermedaille in Bronze verliehen.

Die Punkte 8 (Antrag Linke Liste / Keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit) und 15 (Antrag Grüne / Wiesbaden gegen ausbeuterische Kinderarbeit) der Tagesordnung I kommen für die Beratung gemeinsam zum Aufruf.

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin